

Inhaltsverzeichnis

1. American Chemistry Council	
2. European Chemical Industry Council	
3. BASF	
4. Bayer	
5. KPMG	
6. PricewaterhouseCoopers	

American Chemistry Council

Der **American Chemistry Council** (ACC) ist die einflussreiche Interessenvertretung von über 170 führenden Unternehmen, die sich auf dem Markt für chemische Erzeugnisse in den USA betätigen. Mitglieder des ACC sind auch große deutsche Chemie-Unternehmen. Eine Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“ kommt zu dem Ergebnis, dass der ACC sich seit seiner Gründung stets dafür eingesetzt hat, die chemischen Erzeugnisse seiner Mitgliedsunternehmen nicht oder kaum zu regulieren, auch wenn es überzeugende wissenschaftliche Hinweise auf eine Schädigung der Gesundheit oder der Umwelt gab.^[1] Gemeinsam mit ihrem EU-Pendant **European Chemical Industry Council** (Cefic) versucht der ACC über das Freihandelsabkommen **TTIP** das in der EU geltende Vorsorgeprinzip aufzuweichen.

Der ACC hat über 200 Mitarbeiter.^[2] Die Ausgaben für Lobbytätigkeiten lagen 2015 bei ca. 10,5 Mio. \$.^[3] 2014 spendete der ACC ca. 418 Tsd. \$ an Bundespolitiker, wovon 76 % an Kandidaten der Republikaner und 24 % an Kandidaten der Demokraten gingen.^[4]

Der ACC ist Mitglied des **Legislative Exchange Council** (ALEC), einer Lobbygruppe, die großen Einfluss auf die Gesetzgebung in den USA hat.

American Chemistry Council (ACC)

Rechtsfo

rm

Tätigkei Verband der US-amerikanischen

tsbereich Chemie-Industrie

h

Gründun 1872 als Manufacturing Chemist's

gsdatum Association gegründet, 2000
umbenannt

Hauptsit Washington, DC

z

Lobbybü Washington, DC

ro

Lobbybü

ro EU

Webadr americanchemistry.com

esse

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	3
1.1	Lobbyaktivitäten in den USA	3
1.2	Lobbyaktivitäten im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP	3
1.3	EU-Chemikalienrichtlinie REACH	4
2	Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	4
2.1	Mitglieder	4
2.2	Verbandsführung	4
3	Weiterführende Informationen	4
4	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5	Einzelnachweise	4

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyaktivitäten in den USA

Auf seiner Webseite weist der ACC auf die Erfolge seiner Lobbyarbeit in der 113. Legislaturperiode des US-Kongresses (03.01. 2013 - 03.01. 2015) hin^[5]:

- Einführung und überparteiliche Unterstützung des „Chemical Safety Improvement Act“ (CSIA)
- Beeinflussung der Reform des Risikobewertungsprogramms für chemische Erzeugnisse der Umweltschutzbehörde „US Environmental Protection Agency“ (EPA). Das Programm trägt den Namen „Integrated Risk Information System“ (IRIS).
- Rücknahme von Vorschlägen der Umweltschutzbehörde „US Environmental Protection Agency“ (EPA), Geschäftsgeheimnisse („Confidential Business Information“/CBI) enger zu definieren und eine Liste gefährlicher Chemikalien („chemicals of concern“-List) einzuführen.
- Aufhebung oder Abmilderung von 141 staatlichen Verboten oder Verwendungsbeschränkungen für chemische Produkte^[6]

Der ACC und seine Mitgliedsunternehmen spenden erhebliche Beträge an Mitglieder des Kongresses, insbesondere an Mitglieder der Ausschüsse, die für die Chemieindustrie zuständig sind: das „Senate Committee on Environment and Public Works“ (EPW) und das „House Committee on Energy and Commerce“ (E & C).^[7] Darüber hinaus verwendet der ACC beträchtliche Mittel dafür, die Öffentlichkeit, Regierungsstellen, Regulatoren und Abgeordnete der Bundesstaaten über PR-Firmen und Lobbyisten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zur Durchsetzung einer industriefreundlichen Gesetzgebung nutzt er seine Mitgliedschaft im „American Legislative Exchange Council“ (ALEC).

Lobbyaktivitäten im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP

Die US-Regierung und die US-Chemieindustrie vertreten seit Jahren die Auffassung, dass die EU-Gesetzgebung zu Chemikalien ein Haupthindernis für den Handel sei. Ein geleaktes Dokument der TTIP-Verhandlungen zeigt, dass der ACC und der [European Chemical Industry Council](#) (Cefic) den TTIP-Verhandlungsführern heimlich eine Ergänzung zur regulatorischen Kooperation vorgeschlagen haben.^[8] Mit ihrem Vorschlag wollten die beiden Verbände die regulatorischen Differenzen zwischen der EU und den USA nutzen, um die Regulierung auf allen Ebenen zu verlangsamen, die Regulierung sogenannter endokriner Disruptoren (EAS) zu verhindern und Bemühungen zu blockieren, gefährliche Substanzen durch sicherere Alternativen zu ersetzen.^[9] Daraufhin knickte die EU-Kommission ein und verschob das geplante Verbot von 31 Pestiziden, die als endokrine Disruptoren eingestuft worden waren. Sie wies die konkurrierenden Generaldirektionen für Umwelt (DG ENV) sowie für Gesundheit und Verbraucher (DG Sanco) an, eine Folgenabschätzung zu erarbeiten.^[10] Einen Zusammenhang mit den TTIP-Verhandlungen wies die Kommission zurück. Einige EU-Parlamentarier schrieben darauf hin einen Protestbrief an den Präsidenten des EU-Parlaments.^[11] Schweden hat - mit Unterstützung fast aller Mitgliedsstaaten - Klage wegen der verschleppten Regulierung erhoben. Die neue EU-Kommission entzog der Generaldirektion für Umwelt (DG ENV) die Führungsrolle bei der Bewertung endokriner Disruptoren und übergab sie an die konkurrierende Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher (DG Sanco).^[12]

EU-Chemikalienrichtlinie REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte". Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[13] Der ACC nahm starken Einfluss auf diese Debatte und arbeitete schon da mit dem [European Chemical Industry Council](#) (Cefic) zusammen.^[14]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Reguläre Mitglieder („Regular Members“) sind große Hersteller oder Vertreiber von chemischen Erzeugnissen in den USA. Die Zu den [hier](#) abrufbaren regulären Mitgliedern gehören auch große deutsche Chemieunternehmen wie [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#), [Merck](#) und [Wacker](#). Daneben gibt es Mitglieder aus kleinen und mittleren Unternehmen („Small & Medium Size“), angeschlossene Mitglieder („Affiliate Members“) und assoziierte Mitglieder („Associate Members“).^[15] Zu letzteren zählen u.a. [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#) (PwC) und [Roland Berger](#).

Verbandsführung

- Calvin M. Dooley, Präsident und Chief Executive Officer (CEO), ehem. Mitglied des Repräsentantenhauses für die Demokratische Partei
- Michael P. Walls, Vizepräsident von „Regulatory and Technical Affairs“
- Nancy B. Beck, Senior Director von „Regulatory and Technical Affairs“

Weiterführende Informationen

- [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015
- Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, [ucusa.org](#), abgerufen am 10.09.2016

2. ↑ [Careers](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
3. ↑ [Profil bei Open Secrets](#), opensecrets.org, abgerufen am 10.09.2016
4. ↑ [Contributions to Federal Candidates](#), opensecrets.org, abgerufen am 10.09.2016
5. ↑ [Regular Member](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
6. ↑ [Membership](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
7. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, ucsusa.org, abgerufen am 10.09.2016
8. ↑ [Toxic partnership](#), Kritik der ACC-CEFIC-Vorschläge vom März 2014, ciel.org, abgerufen am 10.09.2016
9. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, ucsusa.org, abgerufen am 10.09.2016
10. ↑ [Nicolai Kwasniewski: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#), spiegel.de vom 20.05.2015, abgerufen am 10.05.2015
11. ↑ [Brussels, 16 October 2013 Dear President](#), spiegel.de, abgerufen am 10.09.2016
12. ↑ [Nicolai Kwasniewski: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#), spiegel.de vom 20.05.2015, abgerufen am 10.05.2015
13. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
14. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
15. ↑ [Membership](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) vertritt die politischen Interessen der chemischen Industrie auf der europäischen Ebene. Unter seinen 670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI). 2025 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 10 Mio. € für Lobbyarbeit aus.^[1] Damit ist er einer der finanzstärksten Lobbyverbände in Brüssel.

European Chemical Industry Council (Cefic)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuysse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	6
2	Fallbeispiele	7
2.1	Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	7
2.2	Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	8
2.3	Better Regulation 2015	8
2.4	Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	9
2.5	Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	11
2.6	Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	11
2.7	EU-Chemikalienverordnung REACH	12
2.8	Lobbyarbeit für Glyphosat	12
3	Organisationsstruktur und Führungspersonal	13
3.1	Mitglieder	13
3.2	Führungspersonal	13
4	Verbindungen	13
4.1	Knowledge4Innovation	13
4.2	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	13
4.3	Alliance for a Competitive European Industry	14
5	Geschichte	14
6	Zitate	14
7	Einzelnachweise	14

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber der Europäischen Kommission, dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat.^[2] Die Lobbyaktivitäten werden wie folgt beschrieben: "Das Herzstück von Cefic ist Public Affairs (PA), ein voll integriertes Team aus Experten für Interessenvertretung und Kommunikation. Wir befassen uns mit den wichtigsten Branchenthemen, unterstützen die Cefic-Sektorgruppen und sorgen dafür, dass die Chemieindustrie mit einer Stimme spricht. Unsere Arbeit umfasst EU-Monitoring, PA-Kampagnen, hochrangige Veranstaltungen, digitale Präsenz, hauseigene Videoproduktion, Medienbeobachtung und -kommunikation und vieles mehr".^[3]

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: April 2026) sind bei CEFIC 46,7 Personen (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.^[4] 2025 verfügte CEFIC über ein Budget von 47,3 Mio. €, von dem 10 Mio. € für Lobbyarbeit ausgegeben wurden.^[5]

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem [American Chemistry Council](#); viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen [Bayer](#) und [BASF](#).^[6] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des [International Council of Chemical Associations](#) (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden ([American Chemistry Council](#) (ACC), [Japan's Chemical Industry Association](#)) die [CEFIC Long-range Research Initiative](#) (LRI) gegründet, um die

Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[7] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen – auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen – Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“ “[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft – es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“^[8]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände [Business Europe](#) und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industri lobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die

Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzestehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a “Clean, Just *and Competitive* Transition” wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie.^[9] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude^[10]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie.^[11] ,^[12] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück^[13]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit „Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit.^[14] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda.^[15] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtsetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten – zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen – zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[16] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[17] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Diskruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten – von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen.^[18]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen – aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind – wie zum Beispiel einige Pestizide – nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[19]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste – was den Prozess sehr in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[20]. Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[21]. Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[22]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die AmCham EU forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[23] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemmnissen“ – was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[24] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriukaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien – spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen

gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag – führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen – wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[25]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das **Freihandelsabkommen TTIP** nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem **American Chemistry Council (ACC)** ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[26][27]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die **regulatorische Kooperation** nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des **American Chemistry Council** den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll. ^[28]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt). ^[29] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen. ^[30] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*). ^[31] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen. ^[32]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von **Jean-Claude Juncker** geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben. ^[33] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen ^[34] und die regulatorische Kooperation einzuführen ^[35]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind. ^[36] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt. ^[37]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[38] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[39] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt.^[40] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben.^{[41][42][43]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen.^[44]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen - unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat.^[45] Monsanto's hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt.^[46]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat über 600 Mitglieder und Partner (Stand: 04/2026).^[47] Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie. Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI).
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro.
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten.

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Executive Committees** sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Markus Kamieth, CEO von BASF

Generaldirektor

- Marco Mensink

Für die Beziehungen zur EU zuständige Person

- Lisbeth Timmersmann

(Stand: April 2026)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEIFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[48], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[49]

Alliance for a Competitive European Industry

CEFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [BusinessEurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[50]

Der ehemalige CEFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

- ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
- ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
- ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 04.04.2026
- ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018
- ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-Iri, abgerufen am 22.11.2018
- ↑ [<http://cefic-iri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf> Chemical Watch 2013, cefic-iri.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [1] asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [2] European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [Voluntary Commitment](#) Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
- ↑ [Plastic Promises](#) Coporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
- ↑ [3], cefic.org, abgerufen am 21.11.18
- ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
- ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
- ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
- ↑ [State of art assessment of endocrine disrupters](#) European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
- ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18

21. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [\[4\] corporateeurope.org](#) am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [Proporsal European Commission](#), abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
27. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
28. ↑ [ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
29. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
30. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
32. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen
34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"
36. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015
38. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
39. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
40. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18

41. ↑ Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath, Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
42. ↑ Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents, Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
43. ↑ Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
44. ↑ Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
45. ↑ A match made in hell Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
46. ↑ Monsanto banned from European Parliament the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
47. ↑ Membership, cefic.org, abgerufen am 07.04.2026
48. ↑ http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM
49. ↑ Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access
50. ↑ Rede von Hubert Mandery vom 12 May 2015, Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

BASF

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE	
 The Chemical Company	
Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	17
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	17
3 Parteispenden und Sponsoring	17
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	18
5 Mitgliedschaften	18
6 Fallbeispiele und Kritik	18
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	18
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	18

6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	19
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	19
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	19
6.6 2012: Das Bienensterben	19
6.7 Lobbyisten in Ministerien	20
7 Weiterführende Informationen	20
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
9 Einzelnachweise	20

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit.^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba).^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appell forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen.^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte.^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der **EU-Kommission** zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins **Bundeswirtschaftsministerium** – und trat im **Europaparlament** als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025](#) [vorbasf.com](#) vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), [manager-magazin.de](#) vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), [unternehmensregister.de](#), abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), [stern.de](#) vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), [wintershalldea.com](#), abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), [wintershalldea.com](#) vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), [chemanager-online.de](#) vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), [lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), [ec.europa.eu/transparencyregister](#), abgerufen am 09.04.2022

12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#) lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022
23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
reich
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro

hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Bayer AG	
Lobbybüro	40 Rue Bollard, 1000 Brussels,
EU	(+32) 25502112
Webadresse	bayer.de

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betragen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	22
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	23
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	23
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	23
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	24
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	24
2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	25
3 Themen der Lobbytätigkeit	25
4 Parteispenden	26
5 Transparenz	26
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	26
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	26
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	27
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	27
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	28
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	28
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	29
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	29
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	29
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	29
8 Weiterführende Informationen	30
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
10 Einzelnachweise	30

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Sience entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetsseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Gyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro

- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- [Penta \(ehem. Hume Brophy\)](#).: 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller \(vfa\)](#)
- [Verband der Chemischen Industrie \(VCI\)](#)
- [Bundesarbeitgeberverband Chemie \(BAVC\)](#)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- [BIO Deutschland](#) (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- [ICC Germany](#)
- [econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft](#)
- [Industrie-Förderung Gesellschaft mbH](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Westwind](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [British Chamber of Commerce in Germany](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries Association \(EFPIA\)](#)
- [The Association of the European Self-Medication Industry \(AESGP\)](#)
- [CropLife Europe \(CLE\)](#)
- [European Crop Protection Association \(ECPA\)](#)
- [Plants for the Future](#)
- [Euroseeds](#)
- [Cosmetics Europe](#)
- [DIGITALEUROPE](#)
- [BITKOM](#)
- [European Justice Forum](#)
- [Food Supplements Europe](#)
- [MedTech Europe](#)

- COCIR
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [BusinessEurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations \(EFPIA\)](#)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro
- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung \(BfR\)](#):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgenden Regelungenvorhaben ^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden. ^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"

- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28. November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzten.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung

der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn

dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur **mhoch3**.^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)
- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant, 23.09.2024](#)
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien 12. März 2020](#)
- [Verein Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmuv.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen a, 06.10.2024

16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023

43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023

KPMG

Die **KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** (KPMG) ist Mitglied eines Netzwerks unabhängiger Firmen, die weltweit Dienstleistungen in den Bereichen Audit, Tax, Consulting und Deal Advisory erbringen.^[1] Die Mitglieder sind der schweizerischen **KPMG International Cooperative** (KPMG International) angeschlossen. Sie haben ihren Sitz in 154 Ländern und haben insgesamt 197.263 Beschäftigte.^[2] KPMG selbst verfügt über 27 Zweigniederlassungen und ist an weiteren Gesellschaften beteiligt.

Zu der Beratungstätigkeit gehört auch die Steuervermeidung. Gleichzeitig berät KPMG-Gruppe neben anderen großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die EU-Kommission bei der Erarbeitung von Plänen gegen die Steuervermeidung.

KPMG	
	[[Bild:<datei> center]]
Branche	Wirtschaftsprüfung
Hauptsitz	KPMG Deutschland: Frankfurt, KPMG International: Zug/Schweiz
Lobbybüro	<text>
Deutschland	
Lobbybüro	Rue du Trone 60, Brüssel
EU	
Webadresse	www.kpmg.de

Inhaltsverzeichnis

1 Beratung bei der Steuervermeidung	33
2 Kritik	33
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	33
3.1 Allgemeines	33
3.2 Beratung von EU-Institutionen	33
3.3 Expertengruppen der EU-Kommission	33
3.4 Mitglied- und Partnerschaften	34
3.5 Lobbyrelevante Personen	34
4 Fallbeispiele und Kritik	34
4.1 2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts	34
5 Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur	34
5.1 Aufbau des KPMG-Netzwerks	34
5.2 Vorstand	35
5.3 Aufsichtsrat	35
6 Weiterführende Informationen	35
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
8 Einzelnachweise	35

Beratung bei der Steuervermeidung

KPMG berät ihre Klienten auch bei der Steuervermeidung, was bei Konzernen als Verbesserung der Konzernsteuerquote bezeichnet wird.^[3] Die vielfältigen Dienstleistungen zur Steuerreduzierung bei vermögenden Privatkunden sind [hier](#) abrufbar.

Kritik

Die vier großen Wirtschaftsprüfer nutzen ihr Insiderwissen aus, um Steuervermeidungsmodelle zu verkaufen. Bastian Brinkmann fordert deshalb in der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Prüfung und Beratung strikt voneinander getrennt werden.^[4] Es sei außerdem völlig absurd, dass sich der Staat bei Steuerreformen von den Big Four und damit von denen beraten lasse, die dann Lücken in den neuen Steuergesetzen an Konzerne weiterverkauften.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Allgemeines

Auf der Webseite von KPMG wird unter „Government & Public Sector“ auf Berater hingewiesen, von denen viele früher leitende Mitarbeiter im öffentlichen Dienst waren.^[5] Netzwerke mit Regierungsmitarbeitern gäbe es in den folgenden Bereichen: Defence, Human & Social Services und Public Sector Transport.

Beratung von EU-Institutionen

Das Brüsseler KPMG-Büro sieht es als Ziel an, Kontakte zwischen den EU-Institutionen und Akteuren aus der Industrie herzustellen.^[6] Dem dienen insbesondere Workshops zu wichtigen Fragen der EU-Gesetzgebung. KPMG erbringt weiterhin Beratungsleistungen wie Studien für EU-Institutionen. Sie betreffen die Bereiche Accountability of EU funding, Accounting & Financial reporting, Fraud detection and prevention, Digitalisation /ICT Environment, Better Regulation/Strategy and Policy advice, Technical Assistance und Capacity & Institutional Building.^[7] Hierzu gehörte z.B. eine Studie für die EU- Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen mit dem Titel: „Study to assess the financial situation of state-owned enterprises“ und eine Studie für die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mit dem Titel: „Multiple framework contract with reopening of competition for the provision of evaluation, impact assessment and related services to the European Commission in the areas of public health, consumer protection and the food chain“.

2016 erhielt das Netzwerk Aufträge in Höhe von 51,4 Mio. Euro, wovon 3,8 Mio. Euro auf Aufträge zur Steuergesetzgebung entfielen.^[8] Deren Ausgestaltung betrifft die Interessen bedeutender KPMG-Kunden und kann zu Interessenkonflikten führen.

Expertengruppen der EU-Kommission

KPMG ist Mitglied der von der EU Generaldirektion Steuern und Zollunion 2016 eingesetzten Expertengruppe (E02813), die die Kommission bei der Vorbereitung zur Reform der Mehrwertsteuer beraten soll.^[9]

Mitglied- und Partnerschaften

KPMG ist Mitglied von:

- [European Contact Group](#) (informeller Zusammenschluss der „Big Four“ und der beiden nächstkleineren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)^[10]
- [Accountancy Europe](#) (Dachverband der Wirtschaftsprüfer)
- [European Fund and Asset Management Association](#) (EFAMA)
- [European Federation of Management Consultancies Associations](#) (FEACO)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#) (EPFSF)
- [Eurofi](#)
- [Trans-Atlantic Business Council](#) (TABC)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

KPMG ist Partner von [True Sales International](#) und [Alternative Investment Management Association](#) sowie Förderer von [BIO Deutschland](#)

Lobbyrelevante Personen

- Mercedes Sanchez Varela, EU office partner
- Liz Forsyth, Global Head of Government & Public Sector
- Frank W. Grube, Vorstandsmitglied der KPMG, ist Vorsitzender der Bundesfachkommission Steuern des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Fallbeispiele und Kritik

2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, der zum Teil auf Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) beruht, lässt sich die EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts von den vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („Big Four“) beraten, zu denen auch KPMG gehört.^{[11][12]} So erhielten PwC, Deloitte und KPMG Aufträge im Wert von 10,5 Mio. Euro für Studien zum Thema Steuern und Zölle. Außerdem seien die „Big Four“ Mitglieder von sogenannten Advisory-Groups, die die EU-Kommission geschaffen hat, um sie bei der Umsetzung ihrer Pläne gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Dabei seien es oft genau diese Gesellschaften, die Konzernen bei der Steuervermeidung helfen - wie etwa die „Lux Leaks“ zeigten. Nach Auffassung von CEO treten die Berater damit in Feldern auf, in denen die Firmen gleichzeitig klassische Lobbyisten in eigener Sache sind.

Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Unternehmensstruktur

Aufbau des KPMG-Netzwerks

- Die deutschen Aktivitäten sind in der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (**KPMG**) gebündelt

- In Brüssel ist die KPMG Europe, Middle East, Africa (**KPMG EMA**) aktiv, deren Sitz wie folgt bezeichnet wird: c/o Prufag Wirtschaftsprüfungs und Beratungs AG, Berderstrasse 66, 8002 Zurich/Schweiz.^[13] Die Adresse des belgischen Büros von KPMG lautet: Rue du Trone 60, 1050 Brüssel
- Die weltweite Obergesellschaft ist die KPMG International Cooperative (**KPMG International**), eine Genossenschaft schweizerischen Rechts, die im Handelsregister Zug/Schweiz eingetragen ist.^[14] Als Domiziladresse wird dort genannt: c/o Stadlin Advokatur, Baarerstr. 12, 6300 Zug.

Vorstand

Sprecher des Vorstands der KPMG ist Klaus Becker (Stand: August 2018)

Aufsichtsrat

Vorsitzender des Aufsichtsrats der KPMG ist Ulrich Maas, Co-Vorsitzender des Instituts für den öffentlichen Sektor, das von KPMG unterstützt wird^[15] (Stand: August 2018)

Weiterführende Informationen

- [Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx, Bürgerbewegung Finanzwende, 10.12.2020](#)
- [Accounting for influence - How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance, Studie von Corporate Europe Observatory \(CEO\) Juli 2018](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind](#), kpmg.com, abgerufen am 06.08.2018
2. ↑ [Structure](#), kpmg.com, abgerufen am 09.08.2018
3. ↑ [International Tax Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
4. ↑ [Zerschlagt die Vier](#), sueddeutsche.de vom 01.03.2019
5. ↑ [Government & Public Sector](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
6. ↑ [EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
7. ↑ [Overview of EU Services](#), kpmg.com, abgerufen am 07.08.2018
8. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
9. ↑ [List of the organisations appointed as members of the VAT Expert Group](#), ec.europe.eu, abgerufen am 09.08.2018
10. ↑ [Frisieren und mitregieren](#), corporateeurope.org vom Juli 2018, abgerufen am 03.08.2018
11. ↑ [Die fragwürdige Doppelrolle der Wirtschaftsberater](#), sueddeutsche.de vom 09.07.2018
12. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
13. ↑ [KPMG EMA](#), EU-Transparenzregister, abgerufen am 07.08.2018
14. ↑ [KPMG International Cooperative](#), zg.chregister.ch, abgerufen am 07.08.2018

15. ↑ Vorstand des Instituts, publicgovernance.de, abgerufen am 06.08.2018

PricewaterhouseCoopers

Die PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) ist ist Deutschland führendes Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen. Die deutsche PwC ist Mitglied der PwC International Limited, einem weltweit tätigen Verbund von Prüfungs- und Beratungsgesellschaften. Zu den vielfältigen Leistungen gehören u.a. die Finanzaufsicht, die Regulierung Umwelt und Energie, die Preis- und Entgeltregulierung sowie ÖPNV und Eisenbahninfrastruktur^[1]. Weiterhin berät PwC Unternehmen bei der Steuervermeidung. Über ihre Beratungstätigkeit für die EU-Kommission hat sie einen erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung des Steuerrechts in der EU.

**PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC)**



Branche Wirtschaftsprüfung
/Unternehmensberatung
Hauptsitz Frankfurt am Main
**Lobbybüro
Deutschland**
Lobbybüro EU
Webadresse www.PwC.de

Inhaltsverzeichnis

1 Beratung bei der Steuervermeidung	37
2 Kritik	37
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	37
3.1 Beratung von EU-Institutionen	37
3.2 Beratungsgremien der EU-Kommission	37
3.3 Mitgliedschaften/Partnerschaften	38
3.4 Lobbyrelevante Personen	38
4 Beziehung zum Wirtschaftsrat der CDU	38
5 Fallbeispiele und Kritik	39
5.1 2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts	39
5.2 2014: Mitwirkung beim "Steuervermeidungsmodell Luxemburg"	39
5.3 2008: Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PwC unter Ex-Minister Tiefensee	39
6 Unternehmensleitung	40
6.1 Vorstand	40
6.2 Aufsichtsrat	40
7 Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz	40
7.1 Lobbyisten in Ministerien	40
8 Weiterführende Informationen	41
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
10 Einzelnachweise	41

Beratung bei der Steuervermeidung

PwC bietet Unterstützung bei Rechtsbehelfen und Verfahren vor der Finanzgerichtsbarkeit an, inklusive der Vertretung der Steuerpflichtigen vor deutschen Finanzgerichten.^[2]

Kritik

Die vier großen Wirtschaftsprüfer nutzen ihr Insiderwissen aus, um Steuervermeidungsmodelle zu verkaufen. Bastian Brinkmann fordert deshalb in der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Prüfung und Beratung strikt voneinander getrennt werden.^[3] Es sei außerdem völlig absurd, dass sich der Staat bei Steuerreformen von den Big Four und damit von denen beraten lasse, die dann Lücken in den neuen Steuergesetzen an Konzerne weiterverkauften.

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Beratung von EU-Institutionen

PwC bietet den EU-Institutionen die folgenden Dienstleistungen an: Audit and risk management, Technology consulting, People and change, Financial management and accounting, Tax and customs, Borders, Migration and security, Space, Innovation and growth, European Structural and Investment Funds (ESF), Energy and transport, Digital economy - innovation for the public sector, Public procurement und The EU as a global actor.

Im Bereich „Tax and customs“ (Steuergesetzgebung und Zölle), in dem die Interessen wichtiger PwC-Klienten besonders betroffen sein können, hat PwC die folgenden Studien für EU-Institutionen erstellt:

- Study on the feasibility of a common EU standard VAT return
- Evaluation of the Custom Union
- Study on the effectiveness of tax incentives for venture capital and business angels to foster the investment of SMEs and start-ups
- analysis of the effects of the different Member States' customs sanctioning system for the European Parliament

Darüber hinaus ist PwC in das Customs 2020 Programm der EU eingebunden

Quelle: ^[4]

Beratungsgremien der EU-Kommission

PwC ist Mitglied der folgenden Gremien, die von der EU Generaldirektion Steuern und Zollunion gebildet worden sind:

Expertengruppe (E02813), die die Kommission bei der Vorbereitung zur Reform der Mehrwertsteuer beraten soll.^[5]

Gemeinsames EU-Verrechnungspreisforum (JTPF), das die EU-Kommission in steuerlichen Fragen im Zusammenhang mit Verrechnungspreisen unterstützt und berät.^[6]

Mitgliedschaften/Partnerschaften

Nach Angaben von Corporate Europe Observatory (CEO) ist PwC Mitglied in den folgenden Lobbyverbänden der Steuervermeidungsbranche ^[7]:

- **European Business Initiative on Taxation** (Mitglieder sind u.a. BP, Pfizer und Airbus, wird von PwC geleitet)
- **European Contact Group** (informeller Zusammenschluss der „Big Four“ und der beiden nächstkleineren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)
- **Accountancy Europe** (Dachverband der Wirtschaftsprüfer)
- **AmCham EU** (lobbiert für international tätige US-Unternehmen, deren Fachausschuss für Steuerfragen von einem PC-Mitarbeiter geleitet wird)

Außerdem ist PwC Mitglied im **Förderkreis Deutsches Heer** und im **Centre for European Policy Studies**, das Studien für EU-Institutionen und nationale Regierungen erstellt und für seine Mitglieder "Corporate Breakfast Meetings" zur Kontaktpflege mit hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen organisiert. ^[8] An diesen Veranstaltungen nehmen EU-Kommissare, Generaldirektoren und Kabinettschefs teil. Kontakte mit EU-Parlamentariern werden über die Mitgliedschaft im **European Parliamentary Financial Services Forum** gepflegt. Vertreten ist PwC weiterhin im **Forum Luft- und Raumfahrt** und bei **Friends of Europe**.

PwC ist Partner der folgenden Organisationen: **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut**, **True Sales International**, **Alternative Investment Management Association**.

Weiterhin gehört PwC zu den Förderern von **BIO Deutschland**.

Lobbyrelevante Personen

PwC Deutschland

- **Norbert Winkeljohann** (bis 08/2018 Vorstandssprecher von PwC) und **Jürgen Lüdicke** (PwC-Partner in Hamburg) waren Mitglieder der Kommission "Steuergesetzbuch" der **Stiftung Marktwirtschaft**
- **Petra Justenhoven**, Mitglied der Geschäftsführung von PwC, ist Bundesvorstandsmitglied des **Wirtschaftsrat der CDU** ^[9]

PwC Brüssel

- **Ian McCahey** (Global Public Policy Leader)
- **Jacomen van den Hurk** (Direktor ED Public & Regulatory Affairs)
- **Philippe Pierre**, Verantwortlicher für die Verbindung zu den EU-Institutionen (Managing Director PwC EU Services) ^[10] Leitet ein Team von 7 EU-Spezialisten und wird von 6 PwC-Partnern unterstützt.

Beziehung zum Wirtschaftsrat der CDU

Der Parlamentarische Abend des Landesverbands NRW des **Wirtschaftsrat der CDU** am Vorabend des "Wirtschaftstags" findet regelmäßig in der PwC-Niederlassung Berlin statt. ^[11]

Fallbeispiele und Kritik

2018: Beratung der EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung, der zum Teil auf Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) beruht, lässt sich die EU-Kommission in Fragen des Steuerrechts von den vier großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften („Big Four“) beraten, zu denen auch PwC gehört.^{[12][13]} So erhielten PwC, Deloitte und KPMG Aufträge im Wert von 10,5 Mio. Euro für Studien zum Thema Steuern und Zölle. Außerdem seien die „Big Four“ Mitglieder von sogenannten Advisory-Groups, die die EU-Kommission geschaffen hat, um sie bei der Umsetzung ihrer Pläne gegen Steuervermeidung zu unterstützen. Dabei seien es oft genau diese Gesellschaften, die Konzernen bei der Steuervermeidung helfen - wie etwa die „Lux Leaks“ zeigten. Danach habe PwC im Großherzogtum Luxemburg hunderte Steuersparmodelle für multinationale Konzerne entwickelt, wodurch diese ihre Gewinne über Jahre teilweise mit weniger als einem Prozent versteuern konnten. Nach Auffassung von CEO treten die Berater damit in Feldern auf, in denen die Firmen gleichzeitig klassische Lobbyisten in eigener Sache sind.

2014: Mitwirkung beim "Steuervermeidungsmodell Luxemburg"

Die Experten von PwC haben Hunderte von Unternehmen darin beraten, über die Gründung von Gesellschaften in Luxemburg auf legale Weise niedrige oder gar keine Steuern zu zahlen.^[14] Bei diesen Gesellschaften handelt es sich oft um bloße "Briefkastenfirmen"; der Schwerpunkt der Wertschöpfung liegt in anderen Ländern. Die geheimen Steuerdokumente, die PwC für seine Kunden angefertigt hat, gelangten in die Hände von mehr als 80 Journalisten auf der ganzen Welt.^[15] Über Hundert dieser Dokumente lassen sich auf www.icij.org komplett nachlesen.

2008: Bundesrechnungshof kritisiert Auftragsvergabe an PwC unter Ex-Minister Tiefensee

Der ehemalige Verkehrsminister [Wolfgang Tiefensee](#) (SPD) hatte den bereits bestehenden Vertrag des Ministeriums mit PwC zur Begutachtung von Förderprogrammen für Deutsche Reedereien im Oktober 2008 ohne vorherige Ausschreibung verlängert. Nach einem Bericht des Bundesrechnungshofes wurde damit in mehrerer Hinsicht gegen das Vergabegesetz verstoßen:^[16] Das Ministerium hat den Auftrag nicht öffentlich ausgeschrieben. Neben der Bewertung von Programmen arbeitete PwC im Rahmen anderer Aufträge auch an den Programminhalten mit. PwC hat durch andere Aufträge einen Wissensvorsprung gegenüber möglichen Konkurrenten gehabt. Das Ministerium hat die Entscheidungsbefugnis über die Auftragsvergabe dem eigentlich zuständigen Bundesamt für Seeschifffahrt entzogen und das Ministerium hat nicht sichergestellt, dass die Einbindung von Dritten in Förderprogramme wirtschaftlich ist.

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Unternehmensleitung

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 10 Mitgliedern, darunter

- **Ulrich Störk**, (Vorstandssprecher)

Quelle: ^[17]

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus einem zwölfköpfigen Gremium, u.a.

- **Norbert Vogelpoth** (Vorsitzender)

Quelle: ^[18]

Geschäftsfelder, Beschäftigte und Umsatz

Die PwC ist in den Bereichen Wirtschaftsprüfung und prüfungsnaher Dienstleistung, Steuerberatung, Consulting und Deals tätig. Zu ihren Kunden gehören auch Ministerien und Kommunen. In Deutschland beschäftigte PwC 2017 an ihren 21 Standorten 10.627 Mitarbeiter und erzielte einen Umsatz von rd. 2 Mrd. Euro. ^[19]

Lobbyisten in Ministerien

PwC war mit "externen Mitarbeitern" im Wirtschafts- und Entwicklungsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Zeitspanne, mindestens im November 2006 ^[20]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Externe Mitarbeiter im BMWi "unterstützen und beraten in spezifischen wirtschaftspolitischen und technologischen Fragen sowie bei der Erstellung von Informationsbroschüren" ^[20]

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Drei Monate in 2006 ^[21]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3

Weiterführende Informationen

- [Die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer bei CumEx](#), Bürgerbewegung Finanzwende, 10.12.2020
- [Accounting for influence How the Big Four are embedded in EU policy-making on tax avoidance](#) Studie von Corporate Europe Observatory (CEO) Juli 2018

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Unsere Leistungen](#), pwc.de, abgerufen am 04.08.2018
2. ↑ [Wie eng die Bande zwischen Politik und Wirtschaftsprüfern sind](#), Tagesspiegel.de vom 03.11.2018, abgerufen am 15.03.2019
3. ↑ [Zerschlagt die Vier](#), sueddeutsche.de vom 01.03.2019
4. ↑ [All the support you need PwC EU Services](#), pwc.com, abgerufen am 06.08.2018
5. ↑ [List of the organisations appointed as members of the VAT Expert Group](#), ec.europe.eu, abgerufen am 09.08.2018
6. ↑ [Verrechnungspreisforum](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.08.2018
7. ↑ [Frisieren und mitregieren](#), corporateeurope.org vom Juli 2018, abgerufen am 03.08.2018
8. ↑ [CEPS Corporate Breakfasts](#), ceps.eu, abgerufen am 10.08.2018
9. ↑ [Bundesvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 03.08.2018
10. ↑ [All the support you need PwC EU Services](#), pwc.com, abgerufen am 06.08.2018.
11. ↑ [Über den Dächern von Berlin](#), wirtschaftsrat.de Bericht vom 11.06.2018, abgerufen am 03.08.2018
12. ↑ [Die fragwürdige Doppelrolle der Wirtschaftsberater](#), sueddeutsche.de vom 09.07.2018
13. ↑ [Accounting for influence](#), corporateeurope.org vom 10.07.2018, abgerufen am 03.08.2018
14. ↑ [Luxemburg-Leaks Süddeutsche Zeitung](#), abgerufen am 7. 11. 2014
15. ↑ Bastian Obermeyer u.a.: Die willigen Helfer - Vertrauliche Steuerelemente bringen die Prüfgesellschaft PwC in Verlegenheit, Süddeutsche Zeitung vom 7. November 2014
16. ↑ [Fehlende Ausschreibung Bundesrechnungshof prangert Auftragsvergabe unter Ex-Minister Tiefensee](#) an Der Spiegel vom 7. Januar 2010, abgerufen am 9.5.2011
17. ↑ [Geschäftsführung](#), pwc.de, abgerufen am 03.08.2018
18. ↑ [Mitglieder des Aufsichtsrats](#), pwc.de, abgerufen am 03.08.2018
19. ↑ [Geschäftszahlen und Berichte](#), pwc.de, abgerufen am 04.08.2018
20. ↑ [20.020,1 Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
21. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011